

Der Maler-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 30/31

Abozinsatzpreis 4000 M. pro Quartal,
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Hausdamm 94, J. Schmitz, Northee 8244.

Hamburg, den 4. August 1923

Anzeigen kosten die schriftgehaltene Non-
pareilzeile oder deren kaum 300 Mark.
Verbandsanzeigen 60 Mark die Zeile.

37. Jahrg.

Kollegen! Stärkt den Kampffonds! Sorgt dafür, daß in Stadt und Land von jedem Kollegen der volle Stundenlohn als Wochenbeitrag gezahlt wird!

Aus unserem Jahrbuch für 1922.

Mit unerhörter Geschwindigkeit wandeln sich unsere wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Was vor wenigen Monaten oder Wochen noch für unmöglich erachtet wurde, oder gar als das Ende unserer staatlichen Selbstständigkeit gehalten wurde, ist heute weit überholt und wieder ist der Zusammenbruch unseres Währungs- und Wirtschaftssystems in greifbare Nähe gerückt. Der Begriff "Million" hat seinen Nimbus seit langem eingebüßt und immer höher und pomposer werden die Zahlen auf unsern Gehälternen. Über immer steiler wird die Lage der dekadenten Arbeiterschaft, der man die ganzen Lasten eines verlorenen Krieges aufbürdet und mit scheinherrlicher Miene durch "ineinbar hohe Löhne" ein gutes Einkommen ausdrücken versucht, während man durch vorhergehende Streiksteigerungen ihr das Beste zu nehmen bemüht ist. Wenn derzeit wieder einmal einigermaßen normale Wirtschaftsverhältnisse eingeführt sein werden, dann wird der Gewichtsmässiger in den Jahresberichten unserer Gewerkschaften die überlassigsten und einwandfreisten Unterlagen für seine Forschungen finden. Ein Quellenmaterial, das unbeeinflußt von raffgierigen Interessengruppen eine wahrheitsgetreue Darlegung der Rote und Kämpfe der arbeitenden Bevölkerung in den Nachkriegsjahren gibt. Die Welt wird den Gewerkschaften zweifellos als unumgänglich notwendige Kulturfaktoren volle Gerechtigkeit angedeihen lassen, ohne deren Wirken unter Einsatz aller kulturfördernden Kräfte der völlige Untergang der wichtigsten Bevölkerungskreise nicht aufzuhalten gewesen wäre.

Gegen die Bestrebungen eines trop aller internationales Wittern in der Unterdrückung und Ausbeutung aller Werke schaffenden einigen Kapitalismus hilft nur das zielbewußte Vorrückstrangen der in machtvollen Organisationen fest zusammengefügten Arbeiterschaft. Bewegen sich die Kämpfe zurzeit hauptsächlich um das Eringen menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so ist die Aufgabe der Gewerkschaften weit größer. Die Heranbildung massenbewußter Kämpfer für den unausbleiblichen Endkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist das Ziel, und jede Errungenschaft eine neue Stappe zum endgültigen Sieg.

Das Jahr 1922 zwang uns dauernden Kampf auf, obwohl es einen einigermaßen günstigen Geschäftsgang aufwies. Die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder ist im Jahrbuch in einem Artikel "Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt im Jahre 1922" mit eingehenden Tabellen dargelegt. Gegen die früheren Jahre hatte 1921 eine wesentliche Besserung an beruflichen Aufträgen gebracht und mit Ausnahme der strengsten Wintermonate bis zur Jahresmitte 1922 angehalten. Von da an trat eine erst langsame, dann aber von Monat zu Monat rasch steigende Arbeitslosigkeit ein, deren Höhe mit 9,7 vom Hundert am Ende des Jahres, in den darauffolgenden Monaten bis auf 14,7 % stieg. Der Mangel an Bauaufträgen macht sich im Malergewerbe drückend bemerkbar. Dieselbe Wirkung hat die ins maßlose gestiegerte Verwertung der vielfach aus dem walutastarten Auslande stammenden Rohmaterialien, die Abwälzung der Zustandsverbesserungsarbeiten auf die Krieger, die eben wegen der viel zu niedrig gehaltenen Löhne auch die allernotwendigsten Erneuerungen trop schwerer Gefundheitgefährten nicht ausführen lassen können. Viele Berufangehörige haben sich, veranlaßt durch die unsicheren Erwerbsverhältnisse, andern Berufen gewandt, in denen sie lohnenderen und regelmäßigeren Verdienst gefunden haben. Einiges günstiger lagen die Berufsverhältnisse im Lackierergewerbe, wie außer anderem schon aus der "Anzeiger" herorgeht, daß die Zahl der in der Industrie beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes dauernd im Steigen begriffen ist. Mit unerwart-

lichen Schwankungen, die meist darauf beruhen, daß der Kreis der berichtenden Filialen nicht immer gleich bleibt, ist die Zahl der in Lackierereien und industriellen Betrieben beschäftigten Berufangehörigen von 24,0 % im Jahre 1919 bis zum Schluss des Berichtsjahres auf 84,4 % von insgesamt 60 769 berufstätigen Personen gestiegen.

Eine der wichtigsten Aufgaben steht unsere Organisation in der Beseitigung der Gesundheits- und Unfallgefahren im Berufe. Was im Kampfe gegen das giftige Bleiweiß bisher erreicht werden konnte, ist nur dem unablässigen Bemühen des Verbandes zu danken. In neuerer Zeit zielen unsere Bestrebungen auf gesetzlich vorgeschriebene, periodisch-regelmäßige ärztliche Untersuchungen aller bleigefährdeten Personen hin. Weitere erste Verfahrensbüroen bilden die allgemein zur Verwendung kommenden Terpentinersatzstoffe. Das Reichsgesundheitsamt hat die chemische Untersuchung der von uns eingesandten Materialien zu gesagt und im ersten Falle sind Verhandlungen gepflogen, die in unserm Sinne zu Ende geführt werden dürften.

Der Pflege des gewerblichen Nachwuchses wurde erhöhte Aufmerksamkeit zuteil. Nach einer Mitte des Berichtsjahrs aufgenommenen Erhebung, wurden 10 081 Lehrlinge festgestellt, davon waren am Ende des Jahres 2715 Mitglieder unseres Verbandes. Bekanntlich wehren sich unsere Arbeitgeber noch mit aller Macht ihrer überlebten Innungsinstitutionen, die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge tariflich zu regeln, obwohl vom arbeitsrechtlichen Standpunkt kein Zweifel mehr darüber besteht,

dass das Lehrverhältnis zugleich ein Arbeitsverhältnis im Sinne des Gesetzes ist. Nach allerdings erst vereinzelten richterlichen Entscheidungen ist es wohl nur eine Frage der Zeit, daß diese Erkenntnis allgemeingut auch der Unternehmer wird und man damit den Arbeiterorganisationen ein Mitbestimmungsrecht zuerkennt. Die Vergütung für die Arbeitsleistung oder Postgeldentlastigung ist meist so niedrig, daß sie weder der Entwertung des Geldes, noch viel weniger den allernotwendigsten Bedürfnissen entspricht. Wenn in letzter Zeit eine kleine Besserung eingetreten ist, so nur durch das energische Eingreifen des Verbandes. Unsere älteren Kollegen erwähnt die Pflicht, dem Lehrling neben der Übermittlung von Berufskenntnissen, auch in der Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen beizustehen, ihn der Organisation als zukünftigen Mittäper zu zuführen und dadurch dieser Gelegenheit zu geben, ihre Macht auch für diese jüngsten Mitglieder einzusehen zu können.

Eine weitere Abhandlung ist den Betriebsvereinungen im Malergewerbe gewidmet. Ein Vortrag des Genossen Nörpel über "Die Rechte und Aufgaben der Betriebsräte", gehalten auf der Lackiererkonferenz im April 1922 in Hamburg, ist allen Filialen zugestellt worden. Eine Anzahl von Exemplaren dieses großzügig instruktiven Vortrages steht auf Bestellung bei der Hauptkasse noch zur Verfügung.

Die Mitgliedsbewegung zeigt einen durchaus normalen Verlauf und bauernden Aufstieg. Die Zahl der neu aufgenommenen beträgt 17 666 gegen 15 768 im Vorjahr und 16 739 im Jahre 1920. Wenn die Mitgliederzahl am Jahresende mit 58 829 nur um 1267 höher ist als 1921, so zeigen sich darin die Konjunktur Schwankungen eines typischen Saison- und Kleingewerbes; immerhin hatten wir im 2. und 3. Quartal zum ersten Male die Zahl von 60 000 Mitgliedern überschritten. Der Übergang von anderen Verbänden mit 2056 und zu anderen Verbänden mit 3159 Mitgliedern bestätigt das schon oben gesagte über den Berufswechsel. Ein Grund der starken Fluktuation dürfte in den Rubriken: Zugang von anderen Filialen mit 2199 und Abgang nach anderen Orten mit 7247 zu finden sein. Erfreuliches ist, daß eine Anzahl unserer

Kollegen in den Wintermonaten wegen der großen Arbeitslosigkeit in ihre Heimat zurück und unterlässt, weil am Orte eine Filiale oder Zählstelle fehlt, die Anmeldung und verliert dadurch vielfach die Mitgliedschaft, die sehr wohl durch Einsleben beitragsfreier Marken aufrechterhalten werden könnte. Diese bieten im kommenden Jahre, soweit sie nicht selbst wieder den Weg zum Verbande finden, ein neues Rekrutierungsgebiet, das aber kaum so große Schwierigkeiten bieten wird, als die 6102 wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Kollegen. Aufgabe der Filialen und Zählstellen muss es sein, durch gute Auskäffierung und ein vorbildlich durchgeführtes Werbесystem diese Rubrik aus unsern Jahrbüchern verschwinden zu lassen. Gestorben sind 469 Kollegen. Immer noch hält der Tod reiche Spalte unter den Teilnehmern des wahnstinnigen Völkermordens und den Opfern der darauffolgenden Entehrungsjahre.

Eine Angleichung der Mitgliedsbeiträge und sozialen Unterstützungs einrichtungen an die fortschreitende Gelbentwertung, wurde im Laufe des Berichtsjahrs durch 4 Statutennachträge des Verbandsvorstandes und Beirates zu erreichen versucht. Jetzt konnte der gewerkschaftlich allgemein anerkannte Grundsatz: ein Wochenbeitrag = einem Stundenlohn nicht ganz zur Durchführung kommen, da außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schnell aufeinander folgenden Lohnbewegungen zu überwinden waren. Während der Stundenlohn durchschnittlich um etwa 300 M. im Laufe des Jahres erhöht wurde, bewegten sich die Verbandsbeiträge immer in etwas langsamem Tempo vorwärts.

Der Verband hatte im Jahre 1922 eine Gesamtaufnahme von 80 821 808 M. und eine Ausgabe von 56 242 656 M. An Unterstützungen wurden verausgabt: für Streiks und Ausperrungen 13 875 895 M., für Arbeitslose, 2 069 943 M., für Kranken 1 354 235 M., Rostands-, Reise-, Rechtsschutz- und Genossenregeltenunterstützung 493 366 M. und an Sterbeunterstützung 166 518 M. Ganz gewaltig sind die Ausgaben für die Verbands presse gestiegen, deren Hauptanteil dem unersättlichen Schlund der Papierfabrikanten geopfert werden mußte. Die Gesamtauflage des "Vereins-Anzeiger" betrug in 51 Nummern 3 120 500 Exemplare. Hinzukommen noch 12 Nummern des "Malerlehring" mit vierteljährlichen Malvorlagen; als Beilagen die "Gewerkschaftliche Frauenzeitung" und die "Betriebsrätezeitung", die zusammen eine Ausgabe von 5 820 729 M. oder 99,33 M. pro Mitglied verursachten. Uns unendliche aber haben sich die Forderungen der Papierfabrikanten im laufenden Jahre vermehrt. Das veranlaßte die verantwortlichen Instanzen, den "Vereins-Anzeiger" im letzten halben Jahre nur vierzehntägig erscheinen zu lassen, in letzter Zeit aber wieder zur wöchentlichen Herausgabe zurückzuführen, da der Aufgabekreis des Verbandsorgans in demselben Maße wächst, wie die Auflage der politischen Arbeiterpresse infolge der unüberwindlichen Schwierigkeiten Einbuße erleidet.

Ob sich das wöchentliche Erscheinen auf die Dauer wird durchführen lassen, hängt von den Verhältnissen ab, die nur bei vollem Einsatz aller Kräfte unserer Kollegen von uns überwunden werden können.

Dieser kurze Auszug möge genügen, daß Interesse unserer Mitglieder an dem Jahrbuch 1922 zu wecken. Den weitauß größten Teil nimmt natürlich der Bericht über unsere Lohnbewegungen und Streiks ein; darüber werden wir in einem zweiten Artikel in einer der nächsten Nummern berichten. Der Zweck des Buches ist erfüllt, wenn sich unsere Kollegen eingehend darin vertiefen, neue Regelungen für den wirtschaftlichen Kampf und die Organisationsarbeit schöpfen und auf Grund gesammelter Erfahrungen vorwärts schreiten zu neuen Kämpfen und neuen Siegen.

Zentrale Lohnverhandlungen am 25. und 26. Juli.

Zwei Tage lang verhandelte diesmal das Hauptkonsortium des Malergewerbes im Reichsarbeitsministerium, um auf Grund der bezirklichen Zwischenverhandlungen der vorhergegangenen Woche und der weiter eingetretenen Preissteigerungen neue Löhne festzusetzen. Da in einigen Bezirken (Thüringen und Baden) keine Zwischenverhandlungen zustandegekommen waren und in einigen anderen Bezirken dem Sinne des letzten zentralen Schiedsspruches vom 11. Juli nicht voll entsprochen worden war, gestalteten sich die Auseinandersetzungen sehr kompliziert und langwierig.

Natürlich spielte diesmal die Frage, wie lange die neuen Löhne gelten sollen, wieder eine ganz besondere Rolle. Sie wurde nach unserm Antrage entschieden, und so gelten denn diejenigen Löhne, die den Filialverwaltungen sofort bekanntgegeben worden sind, nur für eine Woche: von Freitag, 27. Juli (einschließlich), bis Donnerstag, 2. August (einschließlich). Am 1. August verhandelt dann das Hauptkonsortium über die vom 2. August an geltenden Löhne.

Der Raum des "Vereins-Anzeiger" und die schnelle Folge der Verhandlungen gestatten uns nicht, den Verlauf und die Bedeutung der verschiedenen Lohnverhandlungen so zu würdigen, wie es nötig und zweckmäßig wäre. Auch über die immer nebenhergehenden Verhandlungen in Rheinland und Westfalen, in Schlesien, Oberschlesien, Ostpreußen und in verschiedenen örtlichen Lohngebieten, die vor allem im Rheinland durch die ungeheuerlichen Verkehrsschwierigkeiten sogar noch ungleich mehr erschwert sind als im übrigen Deutschland, kann nur selten etwas berichtet werden.

Wir hoffen, daß trotzdem diese die Kräfte unserer funktionäre aufs äußerste anstrengende überaus wichtige Tätigkeit von den Kollegen nicht unterschätzt wird. Denn nur hierdurch ist die Verselbständigung der Arbeiterschaft nicht schon längst bis zur Unverträglichkeit fortgeschritten.

Siebte Sitzung des Ausschusses des ADGB.

Die siebte Tagung des Bundesauschusses fand am 4. und 5. Juli statt. Der Ausschuß bewilligte zunächst dem Deutschen Landarbeiterverband, dessen Fasse durch den Streik in Schlesien sehr stark in Anspruch genommen worden ist, die Bundeshilfe. Dann berichtete der zweite Bundesvorstand, Gräfmann, über die allgemeine Lage. Er behandelte in seinem Vortrage hauptsächlich die Vorgänge im Ruhrgebiet und ihre Auswirkung. Er bewunderte die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung im Ruhrgebiet und lobte die Lage Haltung der Regierung gegen die Sabotageakte. Die weitere Entwicklung der Partei habe in Arbeiterkreisen eine ungeheure Erhöhung herbeigeführt. Weite Kreise drängten darauf, daß der ADGB sich an die Spitze der Lohnbewegungen stelle. Der Bundesvorstand könne jedoch nicht in den Tätigkeitsbereich der Verbände eingreifen, und ebenso wenig sei das Verlangen nach "stärkerer Aktivität des Bundesvorstandes" berechtigt, da dieser unaufgefordert schon alles getan habe, was menschenmöglich ist.

Im Anschluß daran sprach Umbreit ausführlich über die Frage der wettbewerbsfähigen Löhne. Er behandelte dieses Problem sehr ausführlich und berichtete über die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen. Er empfiehlt den Gewerkschaften, bei ihren Lohnverhandlungen von den Indizes, die jetzt auf Betreiben des Bundesvorstandes möglichst veröffentlicht werden, Gebrauch zu machen. Umbreit erklärte sich dagegen, daß durch die Gesetzgebung allgemein die Herstellung wettbewerbsfähiger Löhne gesichert werden solle. Für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben sei jedoch eine solche zu empfehlen. Dann werde auch die Produktionsfaktur sich dem nicht entziehen können. Die Auswirkung werde jedoch nicht für alle Berufe gleichwertig sein. Auch gäbe es Verbände, die glauben, auf dem bisherigen Wege weiterkommen zu können. Dessen würde eine allgemeine gesetzliche Regelung Schranken auferlegen. Eine solche würde auch nur auf dem Papier stehen, solange die Kampfkraft der Gewerkschaften sich nicht für die Durchsetzung einsetzt. Auch könne man die Arbeiterschaft nicht solange vertreten.

Redner empfahl schließlich eine vor ihm vorgelegte Entschließung, die nach längerer Diskussion gegen 2 Stimmen angenommen wurde. (Wir haben diese Entschließung bereits in Nummer 26 des Vereins-Anzeiger veröffentlicht.) Eine weitere vom Ausschuß einstimmig angenommene Entschließung richtet sich gegen die Sabotageakte im Ruhrgebiet. Auch diese wurde an gleicher Stelle schon abgedruckt.

Am zweiten Sitzungstage beschäftigte sich der Ausschuß unter anderem mit besonderen Organisationsfragen in verschiedenen, im Saargebiet und in dem von den Italienern besetzten Memelland. Den Wünschen der dortigen Genossen ist nach Möglichkeit entgegengekommen werden. Der Bundesbeitrag wurde auf monatlich 42 M. und 26 M. für deutsche Mitglieder festgesetzt. Bei weiterer Geldentwertung ist der Betrag zu erhöhen. Extrabeiträge zu erheben.

Zur Vorbereitung der Erfahrung für den krankheitsbedarf ausgeschriebenen dritten Bundesvorstand, Adolf Cohen, wurde eine Kommission eingesetzt, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand arbeiten soll. Zum unbefoldeten Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission des Ausserdeutschen Gewerkschaftsbundes in Amtsführung übergetretenen Genossen Sassebach wurde Georg Jädel (Vorarbeiter) gewählt.

Die Erledigung der vom Gewerkschaftskomitee der Ausführung überliefernten Aufträge führte unter anderem zu einer längeren Absprache über Ausbildung und Bildungsbedingungen. Bei dem Antrage auf Erhebung eines

Plan über Aufbringung und Verwendung der Mittel vorgelegt werden. Ein anderer Antrag, der von den Gewerkschaften verlangt, daß sie für die Erhaltung und den Ausbau von Bildungs- und Kunsteinrichtungen eintreten sollen, wurde durch den Beschluss erledigt, auf die Gewerkschaften und die Ortsausschüsse entsprechend einzutragen. Im Sinne eines andern Antrages wird den Gewerkschaften erneut empfohlen, für die Stärkung der Genossenschaften einzutreten.

Schließlich berichtete Kollege Steine über die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft für Gewerbehilfe und die Vorbereitungen zu deren am 10. und 11. September stattfindenden Hauptversammlung in Würzburg. Die Tätigkeit der Gesellschaft soll sich nicht nur auf die Verhütung von Gewerberkrankheiten erstrecken, sondern auch auf die Unfallverhütung. Bundesvorstander Beipart wies auf die Wichtigkeit der Gewerbehilfe und die Notwendigkeit hin, den Einfluß der Gewerkschaften auch auf diesem Gebiete geltend zu machen und forderte alle Verbände, deren Mitglieder irgendwelchen Berufsgefahren ausgesetzt sind, auf, die Mitgliedschaft zu erwerben.

Amtliche Untersuchung von gesundheitsschädlichem Farbmateriel.

Die chemische und physikalische Untersuchung von gesundheitsschädlichen Farbstoffen und Bindemitteln stieß bisher immer auf große Schwierigkeiten. Private Untersuchungsergebnisse waren von geringer Beweiskraft, wenn sie gründlich vorgenommen wurden, im Verhältnis hierzu sehr losspielig. Amtliche Untersuchungen aber waren sehr schwer zu erreichen. Daher bemühten wir uns schon seit Jahren, die amtlichen Untersuchungsstellen, vor allem auch das Reichsgesundheitsamt mehr für die Frage zu interessieren und sie zur obligatorischen Übernahme von genauen Untersuchungen zu bewegen. Die fortgesetzten Anregungen und Anträge waren jedoch erst in neuerer Zeit von großem Erfolg. So ging uns denn kürzlich folgendes Schreiben:

"Im Anschluß an mein Schreiben vom 14. September vorigen Jahres teile ich Ihnen unter Bezugnahme auf die am 30. April stattgefundenen mündliche Besprechung zwischen Herrn Steine und meinem Referenten ergeben zu, daß das Reichsgesundheitsamt bereit ist, die Prüfung von Ihnen überstandener Proben solcher Anstrichfarben und Lösungsmittel auszuführen, über deren gesundheitsschädliche Wirkung bestimmte Erfahrungen gemacht worden sind. Auf diese Weise wird das Gesundheitsamt in willkommener Weise in den Stand gebracht, zur Auflösung und Vermeidung gesundheitlicher Schädigungen im Malergewerbe beizutragen. Ich nehme an, daß die Inanspruchnahme des Gesundheitsamtes nicht einen derartigen Umfang annehmen wird, daß ihm dadurch die Erfüllung seiner sonstigen Aufgaben zu sehr erschwert wird. Die Notwendigkeit der Mitteilung bestimmter Erfahrungen über vorgekommene Gesundheitsschädigungen stützt sich auf die Darlegung in dem vorerwähnten Schreiben, insbesondere darauf, daß weder die chemische Untersuchung noch der Tierversuch in allen Fällen ausreichende Anhaltpunkte ergibt, auf die sich eine sichere geschätzliche Beurteilung der gesundheitlichen Eigenchaften eines benutzten Gemisches begründen läßt."

In dem hier angezogenen Schreiben auf eine Gingabe von uns vom 17. August 1922 war bemerkt worden, daß zwar chemische Untersuchungen häufig die gewünschte Auflösung der Ursachen einer bestimmten schädlichen Wirkung beziehungsweise deren Durchführung auf die Anwesenheit einer bestimmten Schädlichkeit feststellen, daß es aber anderseits in der Regel nicht angängig sei, auf Grund der chemischen Untersuchung allein über die gesundheitlichen Eigenarten eines Materials bestimmtes auszusagen. Die Möglichkeiten, die sich aus der zunehmenden Verwendung von Farbstoffen unbelasteter Zusammensetzung ergeben haben, wären im Reichsgesundheitsamt bekannt, ebenso, daß die Unmöglichkeit, sie auf dem Wege der Gesetzesgebung ganz zu beseitigen, den Wunsch offen lasse, ihnen auf dem von uns ins Auge gefaßten Wege nach Möglichkeit vorzubürgen. Wir geben hiermit den Sachverhalt bekannt, der sichlich die Ausübung des Reichsgesundheitsamts zeitigte, daß es von sich aus — also auftakt — Untersuchungen von uns eingehandelt, als gesundheitsschädlich erkanntem Farbmateriel und Lösungsmittel vornehmen wird. Wir hoffen, daß dies unsere Kollegen wohl beachten und daß sie uns jülige Materialien mit näheren Angaben über ihren Ursprung und die Art der erzeugten Gesundheitsschäden zugehen lassen. Richtig ist es aber, daß dies immer recht schnell geschieht und nicht erst, wenn die Schäden schon längere Zeit hindurch angehalten haben und beobachtet wurden und darum vielleicht inzwischen die Verarbeitung der schädlichen Stoffe schon wieder eingestellt wurde.

Proben jüngerer Materialien, vor allem Farbstoffe zweifelhafter Art, sind mit erläuternden Mitteilungen von den Filialleitungen dem Verbandsvorstand zu zuführen. Dieser übernimmt dann alles Weitere.

Das Taylor-System.

II.

Für genaue Feststellung der für eine bestimmte Arbeit erforderlichen Zeiten schlägt Taylor Methoden vor. Jede einzelne Arbeit soll in ihre kleinsten Teile zerlegt werden, um sie mittels Stopuhr genau messen zu können. Dadurch würde ein Laien des Arbeitgebers über die wirklich notwendige Arbeitszeit zur Erledigung einer bestimmten Arbeit ausgeschlossen sein. Die Einführung von Normen, größtmögliche Typisierung und Spezialisierung soll weiter zum Erfolg der Arbeit beitragen, indem sie eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeit bringt. Ein ausgestattetes Meistersystem (der Arbeiter würde in größeren Betrieben fast mit einem mit 8 Meistern zu tun haben) soll dazu beitragen, daß der ganze Arbeitsprozeß sich reibungslos und mit größter Schnelligkeit vollzieht. Durch ein besonderes Arbeitsbüro soll jede bisher noch von den Arbeitern geleistete Leistung von ihnen genommen werden. Eine eigentliche Lehre, so wie wir sie heute verstehen, ist überflüssig geworden; alles ist

wenn man alles für und wider dieses Systems würdigt, kommt man zu dem Schluß: Zweifellos muß die Einführung des Taylorismus allgemein zuerst eine Erhöhung und Verdopplung der hergestellten Gütermenge bebringen und somit einen Vorteil für die Gesamtirtschaft und Konsumtion darstellen. Ob das aber auf die Dauer aufrecht würde, ist sehr zu bezweifeln; denn viele sind bestimmt, doch trop allen gegenteiligen Bedenken wegen des Systems dies einen ungeheuren Aufbau an dem menschlichen Arbeitskraft bedeutet, dem ein Rückfall unbedingt folgen würde. Weiter ist damit zu rechnen, daß die Qualität der Arbeit leidet wird. Gerade wir in Deutschland mit einem Stamm außerordentlich guter Qualitätsarbeiter, dem wir zum mindesten vor dem Kriege einen erheblichen Teil unserer Erfolge auf dem Weltmarkt verdanken, müßten eine gewaltige Umstellung vornehmen. Ob sich diese Arbeit aber auch für eine ganz schematische Arbeitssausführung eignen würden, ist sehr zweifelhaft. Die Befürworter des Systems scheinen sehr oft die ganz verschiedene Qualität der Arbeiter in den einzelnen Ländern ganz zu übersehen. So haben wir in Deutschland eine geistig rege, intelligente, sachlich tüchtige und auf eine lange Tradition bildende Arbeitersklasse; in Amerika dagegen eine verhältnismäßig geringe Zahl wirtschaftlicher Facharbeiter ohne Tradition, aber durch Einwanderung einen jährlichen Zufluss einer großen Zahl ungerichteter, zum Teil entwurzelter und für guten Verdienst außerdem benötigter Arbeiter, wird jedem ohne weiteres klar sein, daß sich die Verhältnisse in Amerika für Einführung von Arbeitssystemen wie Taylor'sche viel besser eignen als in Deutschland, wo sich die Verhältnisse nun einmal ganz anders entwickelt haben.

Auch in körperlicher und gesundheitlicher Beziehung würde die völlige Durchführung des Systems sicherlich außerordentlich nachteilig wirken; denn, abgesehen von der körperlichen Überanstrengung, würde schon das ganz schematische immer bestimmte Funktionen des Körpers und der Muskeln erfordernde Arbeiten bald Störungen im menschlichen Organismus hervorrufen. So ging vor dem Kriege einmal eine Schilderung der Zustände einer amerikanischen Fabrik durch die Presse, in der junge Mädchen die täglich aufs ange Spannte beschäftigt waren, nach und nach alle frank wurden. Aber die Fränktheit war eine ganz besondere, mehr eine physische und bestand in einer seelischen Depression und in nerboßen Störungen. Das Bestinden aller besserlich sich, als man eine Stunde in den Raum brachte und die beschäftigten Mädchen, wenn auch immer nur Augenblick, eine Abhängigkeit hatten.

In diesem Gebiet gehört übrigens auch, was auf einer Logung der Berufsschüler in Frankfurt a. M. gesagt wurde. Dort erklärte ein Teilnehmer, wenn er die Stenotypen prüfen wollte, bekämpfen diese oft Weinrämpfe; ein Gehirn ihrer durch ange Spannte Verunsicherung gerüttelten Menschen.

Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß mit Einführung des Systems die Solidarität der Arbeiter aufgeht. Sicherlich und beim Aufstieg der Arbeitersklasse verzerrt, wenn man annehmen wollte, daß die Arbeiter, die es zu einem etwas höheren Lohn bringen würden, ihr zusammengehörigkeitsgefühl mit den andern Arbeitern verlieren würden. Taylor selbst betrachtet von Sogenannten 6 M. und 80 M., je nach dem Grade der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter. Da sich nun die Preise für Lebensmittel usw. nicht nach den niederen, sondern höchsten Löhnen richten, ist es selbstverständlich, daß ein Teil der Arbeitersklasse leicht leben würde. Wer aber ein bestimmtes Vermögen nicht erreicht und aus irgendwelchen Gründen nicht erreichen kann, soll entlassen werden. Ganz mit Recht fragt auch Irenz in seinem Buch: "Kritik des Taylor-Systems", was denn mit diesen Leuten wird. Auch Taylor selbst beschäftigt sich mit dieser Frage und meint, es hat keinen Zweck Müll mit diesen zu haben; denn die Arbeitsgelegenheit sei zu jener Zeit gut gewesen, so daß die Arbeiter in andern Berufen sofort wieder in Arbeit treten könnten. Nun ist aber die Konjunktur nicht immer die gleiche, und wenn alle Werke das Taylor-System eingeführt gehabt hätten? Was wäre dann aus diesen Arbeitern geworden? Wer das Interesse der Gemeinschaft über das des einzelnen stellt und auf Grund sozialer Einsicht auch mit dem Schwaden und Widerleistungsfähigen verbunden fühlt, wird sich schwierig an solche Methoden gewöhnen können.

Es wird zugegeben, daß mit Einführung des Systems eine Mehrzeugung von Produkten stattfindet. Aber diesen Plus auf der einen Seite steht ein Minus auf der anderen gegenüber, das entsteht durch den großen Apparat an Meistern, Schreibern und Beamten. Auch die große Zahl der Formulare und Vorbrüde, die in diesem System zur Verwendung kommen, würde große Kosten verursachen. Wenn auch die angeführten Meinungen stimmen, daß die Unternehmer trotzdem noch einen erhöhten Gewinn zu verzeichnen haben, sehen wir doch keinen Vorteil für die Arbeiterschaft, höchstens für einen kleinen Teil von ihnen.

Was aber bei dem System übersehen wird, ist, daß der Mensch auch eine Seele hat. Wenn ihm aber jede Dienstfertigkeit bei seiner Arbeit genommen wird, er nur darauf bedacht sein muß, in ange Spannte körperlicher Arbeit sein Vermögen zu erreichen, kann er unmöglich von dieser Arbeit innerlich bestreift sein.

Darauf aber, auf das Wiedergewinnen der inneren Beziehung zur Arbeit, muß unser Streben gerichtet sein. Vielleicht wird in der kommenden Zeit die Bildungsdramaturgié dabei eine Rolle spielen können, die in Verbindung mit der Berufsbildung verfügen soll; jeden dorthin zu bringen, wo er seinen Anlagen und Fähigkeiten nach hingehört. Gegenüber dem heutigen Zustande wäre das ein erheblicher Fortschritt. Auch die Frage der Lehrlingsausbildung, ob einzig Spezialisten oder den ganzen Betrieb und das ganze Gewerbe gründlich kennende Facharbeiter herangezogen werden sollen, erhält von diesem Gesichtspunkt aus eine besondere Bedeutung. Auf alle Fälle sollte, ehe ein Einzelne in einem bestimmten Fach erfolgt, ein Kennenlernen des ganzen Betriebes stattfinden. So wäre ein Ausschließen der Lehrlinge unter verschiedene Betriebe, wodurch sich ihr Blick erweitern würde und sie zugleich die verschiedenen Arbeitsmethoden, Geräte, Hilfsmittel usw. kennen lernen, sehr zu empfehlen.

Aber allein würde das kaum genügen. Man denkt weiter so unbefriedigt läßt, ist ja nicht nur die oft geistige

heit und das Empfinden nicht an der richtigen Stelle stehen, als vielmehr seine Abhängigkeit vom Unternehmer, das Losgelöstsein vom Produktionsmittel, das unterne Verbeiten unter der Gefahr der Entlassung und Konkurrenz.

Wir glauben deshalb nicht, daß die uns von Zahlor vorgeschlagenen Wege zum Ziele führen werden, eher sollte man umgedreht verfahren. Nicht Wedung des Egoismus des Individuums sein Sinnliegen über die Interessen der Gemeinschaft und seiner Arbeitsbrüder, sondern Solidarität, Mitverantwortlichkeit und Gemeinnützige in die Aufgaben des Betriebes. Auf dem Weg, der zum Ziele führt, nicht durch raffinierte ausgetüpfelte Systeme, in denen die Menschen zur Kälte geradlinig und dadurch, daß es einer kleinen Masse von Arbeitern auf Grund besonderer äußerer Voraussetzung möglich ist einen den andern Arbeitern gegenüber erheben. Womöglich zu haben, kann und wird die Überwindung der Gegenkräfte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, sondern nur dadurch, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit Eigentümer an den Produktionsmitteln ist, das heißt, die kapitalistische in die sozialistische Wirtschaft überführt wird. Diesem Ziel aber kommen wir mit.

Sehr oft hört man nun die Meinung, daß Zahlor solchen kommt nur für die Industrie, und sogar hier nur für größere Werke in Betracht. Demgegenüber sei überhaupt verschwiegen, daß sich Zahlor selbst, und Edgar Herbst nicht ihm darin vollständig bei gelegenlich einer Diskussion über die verschiedenen Arbeitssysteme folgendermaßen aussieht: „Es ist anwendbar — und mit vollem Erfolg in Anwendung — in Werkstätten aller Art, großen und kleinen, einfachen und vielgestaltigen und kann für alle möglichen Arten der Arbeit gebraucht werden.“

Auch wir haben demnach Veranlassung, dem Streit der beiden untere Aufmerksamkeit zu schenken und uns mit den Problemen der empfohlenen Werkstättenleitung und Arbeitsweise zu beschäftigen. Schon sind Kräfte am Werk, die um das Handwerk, das ihrer Meinung nach ganz besonders tüchtige Arbeitsmethoden hat, zu reorganisieren. Eben wie nun auch gewiß keine Veranlassung uns gegen soziale Fortschritte, Verbesserungen und Erleichterungen in der Arbeit zu sträuben, werden wir uns aber doch mit aller Macht wehren gegen Arbeitsweisen, die den Menschen zur Kälte degradieren.

Lohnbewegungen.

In Saarbrücken und andern Orten des Saargebietes befinden sich unsere Kollegen mit dem gefaßten Aufruhr im Streit. Das Unternehmertum sucht fast in allen Gegenden Deutschlands unter Vorstellung falscher Anklagen Arbeiter aller Berufe zu Raustreiberdiensten einzutragen. Bekanntlich hat die französische Regierung im Saargebiet gegen den Widerstand der arbeitenden Bevölkerung die Frankenthaler Währung aufgezogen, die nun von Unternehmen als willkommene Gelegenheit zu höheren und willkürlichen Lohnherabsetzungen benutzt wird. Die Arbeiterschaft führt in diesem anfechteten Gebiet einen außerst schweren Existenzkampf. Kollegen! lohnt Euch nicht von den falschen Doktrinen und den früheren Aussichten auf Frankenthal für das Saargebiet anzuwerben und zu Streikzwecken degradieren! Nicht alle Solidarität und meidet das Saargebiet!

Aus unserm Beruf.

Bremen. Die hiesige Firma S. A. Monsees, Bilsestraße 10, sucht nicht nur in Bremen, sondern auch in verbleibenen andern Orten 100 Maler, Spachtler und Putzler. Diese Leute sollen sämtlich im Waggonbau beschäftigt werden. Nach unserer Rückfrage mit der Firma steht fest, daß nur Gehilfen eingestellt werden, die tatsächlich mit diesen Arbeiten vollständig vertraut sind. Stellt man heraus, daß das nicht der Fall ist, werden die Kollegen wieder entlassen. Die Firma verfügt ferner, nach Möglichkeit für Wohnung zu sorgen, übernimmt aber keine Garantie dafür. Auf die Frage, wie lange die Beschäftigungsdauer sein könnte, wurde uns die Antwort: „Auf längere Zeit, ein Teil vorübergehend.“ Wir empfehlen nun, um jüngere Kollegen vor Schaden und Enttäuschungen zu bewahren, mit der Reise nach Bremen recht vorsichtig zu sein, da es ausgechlossen ist, hier Wohnung zu bekommen. Wennfalls würden sie nur auf Hotels angewiesen sein, was schon vorgekommen ist, und dann nur für Hotelosten arbeiten können, wie wir das im vorigen Jahre bereits feststellten. Wie groß hier die Wohnungsnot ist, geht daraus hervor, daß auch der Arbeitsnachweis auf Veranlassung des Bodenungsamtes seine Leute von auswärts heranziehen will. Hinzu kommt, gleichfalls wie im vorigen Jahre, daß die Anzahl Kollegen in verschiedenen Orten gesucht wird, ob die durch die Firma ihren Bedarf bald gedeckt haben, ob die Reise nach Bremen umsonst gemacht ist. Umbrig sind am Freitag, 29. Juli, schon wieder einige Kollegen entlassen worden, obwohl die Firma unausgesetzt neue nach Bremen zu ziehen versucht. In letzter Zeit haben sich mehrfach Kollegen auf unserm Bureau wegen Böhnielgenheit erkundigt, ohne daß von irgendeiner Seite mit Erfolg etwas unternommen werden konnte. Auch Böhnielgen hat die Firma Arbeiten auf der dortigen Beruf auszuführen. Eine Anzahl zugereister Kollegen ist einem Saal auf Stroh untergebracht, da auch dort keine Wohnung zu kriegen ist. Meidet darum Bremen oder Gott vorher Auskunft bei unserer Filialverwaltung, Bremen, Gewerkschaftshaus, ein.

Aus Unternehmertümern.

Der Verband sächsischer Vereinigungen selbständiger Maler und Lackierer beruft seinen Siebten sächsischen Kaltertag nach Pirna an der Elbe ein. Er findet vom 1. bis 13. August dieses Jahres statt; mit der Darung ist auch eine Sach- und Materialausstellung verbunden.

Gewerkschaftliches.

Finanzielle Rüstungen in den Gewerkschaften.

Gollen die Gewerkschaften den Arbeitern Schutz in wirtschaftlichen Nöten und im Kampf mit unsrer Klassengegnern bieten, so müssen sie vor allem finanziell stark und leistungsfähig sein. Die gegenwärtigen Beiträge, selbst wenn sie den Stundenlöhnen folgen, bleiben schon aus verwaltungstechnischen Gründen dahinter zurück. Aber auch dann, wenn sie der Entwicklung noch schneller folgen könnten, ständen sie noch weit unter dem, was vor dem Kriege geleistet wurde. Dazu kommt der Verlust, den die Geldentwertung an sich zur Folge hat, denn nicht alle Einnahmen lassen sich ohne weiteres wertbeständig machen, zumal sie stets viel später bei den Haushalten eingehen, als sie in den Filialen eingenommen werden.

So kommt es, daß alle Gewerkschaften trotz großer Einschränkungen und infolge der Drückebergerei mancher ihrer Mitglieder und örtlichen Organisationen, die mit allen Mitteln versuchen, ausgerechnet am Verbandsbeitrag zu sparen, jetzt schon über in Kürze durch Ertragsbeiträge ihre Kasse stärken müssen.

Erhob kürzlich der Holzarbeiterverband bereits 4 Wochen hindurch doppelte Beiträge, so haben jetzt unter anderem auch der Baugewerbe und und der Zimmerer verband beschlossen, 5 beziehungsweise 4 Wochen hindurch doppelte Beiträge zu erheben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die übrigen Verbände wahrscheinlich ohne Ausnahme gezwungen sein werden, ebenso oder ähnlich zu verfahren.

Der Verbandstag der Sattler und Portefeuillenfand vom 7. bis 10. Juni in Offenbach statt. Im weitesten Punkte der Tagesordnung befürwortete Genosse Simon, Vorsitzender des Schuhmacherverbandes, die Bildung einer Lederrbeiter-Industriorganisation im Sinne der Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses. Die Generalversammlung brachte durch eine, mit großer Mehrheit angenommene Entschließung zum Ausdruck, daß der Verband an der Schaffung von Industrieverbänden mitwirken bereit sei, „wenn ich die Motivation durch die Entwicklung der in Frage kommenden Berufe ergibt und beauftragt den Zentralbund, zugegebenermaßen mit allen in Frage kommenden Organisationen in Verbindung zu treten. Die endgültige Entscheidung soll den Mitgliedern durch eine Urabstimmung vorbehalten bleiben.“ Damit ist die Verschmelzung vorläufig abgelehnt. Nicht ohne Einfluß dürfte auf diesen Beschuß die Befürchtung gewesen sein, daß ein Teil der Tapizerer und eventuell auch die Autosattler ausscheiden würden und die Verschmelzung anderseits eine Tersplittierung bestimmter Berufe mit sich bringen könnte.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im vergangenen Jahre eine günstige Entwicklung genommen, die bis jetzt anhält und hoffen läßt, daß er auch die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage überwindet. Seine Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1624 554 gegen 1587 088 im Vorjahr — eine Zunahme von 37 476. Beigetreten und übergetreten sind 813 454, so daß von den neuen und älteren Mitgliedern ein erheblicher Teil wieder ausgeschieden ist. Das ist leider in allen Organisationen so. Würden die Arbeiter weniger und fester an ihren Organisationen hängen, sich nicht von augenblicklichen Stimmungen leiten lassen und lebhafter am Gewerkschaftsleben teilnehmen, so stände es um ihre Sache weit besser.

Der Rechnungsabschluß des Verbandes verzeichnete an Einnahmen aus Beitragseldern und den Beiträgen 1837,8 Millionen Mark, an Kapitalzinsen 3,3 Millionen, an sonstigen Einnahmen 189,5 Millionen, zusammen 1980,3 Millionen Mark. In den Lokalfassen wurden aus Ertragsbeiträgen und sonstigen Einnahmen 507,67 Millionen Mark gebucht. Die gesamten Einnahmen betrugen also beinahe 2% Milliarden. An Ausgaben stehen demgegenüber für Streiks und Lohnbewegungen 809,9 Millionen; für Gewerkschaftsunterstützung an Kranke und Arbeitslose 105,1 Millionen, für andere Unterstützungsziele (Reise-, Umzug-, Notfall-, Sterbe-, Maßregelungszwecke) 37 Millionen. Die Gesamtausgaben des Verbandes aus der Hauptfasse und den bestehenden 712 Ortsfassen erreichen nahezu 2000 Millionen. Für Bildungszwecke wurden 211,8 Millionen Mark aufgewendet. Der Verband hat im vergangenen Jahre Unterrichtskurse von je sechzehn bis einundzwanzigjähriger Dauer für Betriebsratsmitglieder in den verschiedenen Verbandsbezirken abgehalten. Die Erfahrungen damit waren gut. Wissen und Bildung, verbunden mit einer straffen, auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstdisziplin und Einigkeit der Kraft der Organisation im richtigen Zeitpunkt und unter Beachtung der Kräfte des Gegners, sind die einzigen Mittel, die dem Sozialismus den Sieg verürgen. Wer das will, muß diese grundlegende, in ihren Ergebnissen durchaus revolutionäre Tätigkeit unterstützen.

Sozialpolitisches.

Eine Neuregelung des Steuerabganges vom Lohntritt mit dem Monat August in Kraft. Der Steuerabgang des Reichstages ging über die Regierungsvorlage hinweg und setzte statt des Dreifachen das Vielfache des bisherigen Abzuges fest. Danach betragen die Abzüge von der zehnprozentigen Lohnsteuer je 5760 M für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, 28 400 M für jedes zur Haushaltung gehörige minderjährige Kind und 48 000 M zur Abgeltung der Werbungskosten für die Woche. Nach Toggen berechnet, ergeben sich die Beträge von je 960 M für den Steuerpflichtigen mit Frau, von 6400 M für jedes Kind und 8000 M an Werbungskosten. Auf je 2 Stunden entfallen je 240 M; für jedes Kind 1600 M und 2000 M Werbungskosten.

Einen Entwurf für ein neues Arbeitsgerichtsgesetz hat das Reichsarbeitsministerium dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung unterbreitet. Der Entwurf zwischen den Forderungen der Gewerkschaften (wie sie vom Leipziger Gewerkschaftskongress aufgestellt wurden) und den Wünschen der Reichsjustizverwaltung einen Ausgleich zu

schaffen, ist in der Hauptsache auf Kosten der Gewerkschaftsforderungen ausgeführt worden. Es sind drei Stufen vorgesehen: 1. Die Arbeitsgerichte; 2. die Landesarbeitsgerichte; 3. das Reichesarbeitsgericht. Die letzteren beiden als Berufungsinstanzen. Der jeweilige Geltungsbereich ist für alle drei Stufen mit den Bezirken der ordentlichen Gerichte identisch, die Dienstaufsicht der Justizverwaltung im Einvernehmen mit der Sozialverwaltung auszuüben. Die Vorsitzenden sollen ordentliche Richter sein. Bisher genügte es, daß die Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein durften. Das ermöglichte, daß Männer mitwirken konnten, die neben verlaubten Paragraphen auch eine Wirklichkeit anerkannten und dadurch eine segensreiche Tätigkeit auszuüben in der Lage waren. Ob das weiterhin der Fall sein wird, darf bei der Weltfremdheit unserer Juristen zum mindesten fraglich sein. Die Richter werden nicht in direkter Wahl von den Parteien, sondern von den Arbeitgebern beziehungsweise Arbeitnehmergruppen des Reichswirtschaftsrates gewählt. Sie müssen für die Arbeitsgerichte 24, für die Landesarbeitsgerichte 30 und für das Reichesarbeitsgericht 36 Jahre alt sein. Die Amtszeit wählt 6 Jahre. — Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte erstreckt sich auf Rechtsstreitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis und aus Tarifverträgen, bestimmten Paragraphen des Betriebsvertragsgesetzes, der Verordnung, betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung, und des Reichsversorgungsgesetzes usw. — In den Vorschriften über das Verfahren wird bestimmt, daß Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßbevollmächtigte oder Beistand nicht zugelassen sind. Dagegen sind wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Bestellung von Prozeßbevollmächtigten oder Beiständen unbeschränkt. Die Berufungsumme beträgt ein Zwanzigstel des veranlagungsfreien Jahreseinkommens.

Die Unterstellung der Arbeitsgerichte unter die ordentlichen Gerichte mit ihrem in der Mehrzahl erzählerischen Berufsrichtertum ist der offensichtliche Zweck des Entwurfs; die Selbstständigkeit der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu beseitigen, das Ziel der herrschenden Regierungskreise, denen jedes soziale Verständnis fehlt. Aber diese Bemühungen müssen scheitern an dem entschlossenen Widerstand der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft.

Vom Ausland.

Prag. Die Scharfmacher des hiesigen Baugewerbes haben die Malermeister gezwungen, ihre Gehilfen auszusperren. Den Unternehmern des Malergewerbes war dies sehr unbequem. Denn jetzt ist in Prag die beste Konjunktur; kein einziger Kollege ist arbeitslos. Dann ferner die liebe Schmutzkonkurrenz. Da ist denn kein Arbeitgeber vor dem andern sicher, daß ihm so die Kundschaft verlorengeht. Andere wieder haben gar keine Bauten, sondern nur Privataufträge in Arbeit. Auch diese betrachten sich als nicht interessiert.

Jedenfalls steht jetzt, vor Abschluß des Kampfes, schon fest, daß die ganze Aussperrung ein Schlag ins Wasser war, denn die Zahl der ausgesperrten Firmen ist so winzig klein, daß es geradezu lächerlich ist, von einer Aussperrung zu reden. Alle unsere ausgesperrten Mitglieder haben wir sofort bei anderen Firmen untergebracht.

Da die Arbeitgeber durch diese „Aussperrung“ den Kollektivvertrag verletzt haben, wollen nun die Gehilfen als Schadenersatz eine Lohnforderung vorlegen. Sie hoffen, diese auch durchführen zu können.

Vorläufig ist vor Zuzug nach Prag streng zu warnen.

Ungarn. Wie wir bereits mitteilten, beschloß die letzte Generalversammlung unseres ungarischen Bruderverbandes über die Frage der Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband eine Urabstimmung unter den Mitgliedern stattfinden zu lassen. Diese hat in der Zwischenzeit stattgefunden. Von den 3000 Mitgliedern des Verbandes haben nur 1226 abgestimmt. Von diesen sprachen sich 866 für und 352 gegen den Anschluß aus, 9 Stimmen waren ungültig. Hierauf hat die Zentralleitung unseres Verbandes den Anschluß auf Grund bestimmter Uebertrittsbedingungen beschlossen, so daß anzunehmen ist, daß der Uebertritt am 1. Oktober dieses Jahres vollzogen wird.

Über die ferneren internationalen Beziehungen ist festgelegt worden, daß diese auch weiter aufrecht erhalten bleiben. Alle die Internationale im Malergewerbe berührende Korrespondenz ist der Sektion der Maler zu übergeben, und solange unsere Internationale besteht, wird zu deren Konferenzen ein Delegierter der Maler delegiert. Die Kosten hierfür sowie die Jahresbeiträge an das Sekretariat zahlt der Bauarbeiterverband.

Der ungarische Bruderverband feiert am 12. August dieses Jahres sein dreißigjähriges Bestehen durch eine Ehrengeneralversammlung, durch festliche Veranstaltungen und die Herausgabe einer besonderen Jubiläumschrift.

Generalversammlung des Niederländischen Malerverbandes. Am 10. und 11. Juni tagte in Amsterdam die ordentliche Generalversammlung des Niederländischen Malerverbandes. — Vertreten waren 76 Filialen durch 98 Delegierte. Von den ausländischen Bruderverbanden waren anwesend der Vorsitzende des Dänischen Malerverbandes, Kollege Poulsen und Kollege Streine.

Der Vorsitzende A. W. Jensch eröffnete den Kongress mit einer Anrede, wobei er hinwies auf die besonders schlechten ökonomischen Verhältnisse und die große Arbeitslosigkeit. Die holländische Gewerkschaftsbewegung durchlebt eine sehr schwere Zeit: Der Allgemeine niederländische Fachverband verlor im letzten Jahre 10 % seiner angeschlossenen Mitglieder. Die andern Fachzentralen gingen in ihrer Mitgliederzahl noch mehr zurück, die Katholiken und die christliche Gewerk-

schaftszentrale um 19 und 15 % und die syndikalistische Zentrale um 31 %. Demgegenüber steht unsere Gewerkschaftszentrale, der N. V. V., immer noch am günstigsten da.

Unser Malerverband ging zurück von 6492 Mitgliedern am 1. Januar 1922 auf 6192 am 1. Januar 1923. Das ist verhältnismäßig kein großer Rückgang, wenn man die schlechten Verhältnisse beachtet. — Für Arbeitslosenunterstützung wurden 1922 446 399,86 Gulden ausgezahlt gegen 302 419,25 Gulden im Jahre 1920; für Krankenunterstützung 58 212,41 Gulden; für Unterstützung bei Streiks und Aussperung 24 509,19 Gulden. Kollege Jensch wies ferner darauf hin, daß es auch in diesem Winter wieder gelungen ist, einen Tarifvertrag für das ganze Land abzuschließen, obwohl dabei Lohnkürzungen akzeptiert und die Arbeitszeit von 45 Stunden die Woche auf 48 Stunden erhöht worden ist. Im Vergleich mit den Arbeitsbedingungen in andern Gewerben sei der Malerverband in der Lage gewesen, im allgemeinen die Arbeitsverhältnisse aufrechtzuhalten.

An den Geschäftsbereich, der übrigens auch gedruckt vorlag, schloß sich eine längere Aussprache, die sich mehr an innerorganisatorische Fragen, vor allem auch der Tarif- und Sozialpolitik hielt und in gewohnter Sachlichkeit zum Ausdruck kam. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt und der Hauptvorstand wieder ernannt gewählt.

Am zweiten Verhandlungstage hielt der Vorsitzende der Niederländischen Gewerkschaftszentrale, Genosse Stenius, einen Vortrag über die Sozialisierung der Betriebe und Kollege Jensch über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in dem Kampf gegen den Militarismus. Beide Vorträge bewegten sich in den Gedankengängen, mit denen auch die überwiegende Mehrheit der deutschen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die offiziellen Vertreter unserer Gewerkschaften an diese Probleme herantreten. Nach vorangegangenen Diskussionen wurde die Meinung des Verbandstages zu diesen Fragen in zwei Resolutionen niedergelegt.

Die Regulierung der zahlreich vorliegenden Anträge brachte keine Änderungen des bisherigen Statuts und der geübten Praxis von größerer Bedeutung. Auch in Holland sind die Verhältnisse gegenwärtig so unklar und so wenig zuverlässig, so daß man einschneidende Änderungen nicht für ratsam hält.

Nach zweitägiger erster Arbeit konnte die sehr harmonisch verlaufene und arbeitsreiche Tagung geschlossen werden.

Die erhöhten Postgebühren.

Vom 1. August 1923 an gelten folgende Posttarife:

Postarten im Briefverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M.

Briefe im Briefverkehr bis 20 g 400 M., über 20 bis 100 g 600 M., über 100 bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M.

Briefe im Fernverkehr bis 20 g 1000 M., über 20 bis 100 g 1200 M., über 100 bis 250 g 1500 M., über 250 bis 500 g 1800 M.

Drucksachen bis 25 g 200 M., über 25 bis 50 g 400 M., über 50 bis 100 g 600 M., über 100 bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M., über 500 g bis 1 kg 1500 M., über 1 kg bis 2 kg mit für einzeln verhandte, ungeteilte Drucksachen 1800 M.

Geschäftsbriefe bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M., über 500 g bis 1 kg 1500 M.

Wiederkündigungen (auf anmengergesetzte Drucksachen, Blindenschriftdienstungen, Geschäftsbriefe und Warenproben) bis 250 g 1000 M., über 250 bis 500 g 1200 M., über 500 g bis 1 kg 1500 M. Paketen bis 1 kg 2000 M.

Pakete: 1. Zone 2. Zone 3. Zone

bis 3 kg	2 400	4 800	4 800
über 3 bis 5 kg	3 600	7 200	7 200
- 5 - 6 -	4 200	8 400	12 600
- 6 - 7 -	4 800	9 600	14 400
- 7 - 8 -	5 400	10 800	16 200
- 8 - 9 -	6 000	12 000	18 000
- 9 - 10 -	6 600	13 200	19 800

Postkennzeichnungen bis 10 000 M. 800 M., über 10 000 bis 50 000 M. 1 000 M., 50 000 bis 100 000 M. 1200 M., 100 000 bis 200 000 M. 1500 M., 200 000 bis 300 000 M. 2100 M., 300 000 bis 100 000 M. 3 000 M., 400 000 bis 500 000 M. 3600 M., 500 000 bis 750 000 M. 4200 M., 750 000 bis 1 000 000 M. 4800 M.

Postdienstgebühren: Paketen bis 10 000 M. 200 M., über 10 000 bis 50 000 M. 250 M., 50 000 bis 100 000 M. 300 M., 100 000 bis 200 000 M. 450 M., 200 000 bis 300 000 M. 500 M., 300 000 bis 400 000 M. 750 M.

Zur Übrigen bleiben die alten Gebühren bestehen.

Gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr: Grundgebühr 100 M., Postgebühr 100 M.; im Briefverkehr: Grundgebühr 80 M., Postgebühr 100 M.; Preissendes: Grundgebühr 800 M., Postgebühr 400 M.

Telexpreßgebühren: Zur dem jeweils Tenzierungszuschlag von 14,5% kommt noch ein Tenzierungszuschlag von 19,9%.

Ueberlandgebühren vom 1. August an:

Postarten 1500 M., jedoch nach Uragan und Tschechoslowakei 1500 M.

Briefe bis 20 g 500 M., jede weitere 20 g (Mindestpreis 2 M.) 1500 M., jedoch nach Uragan und Tschechoslowakei bis 20 g 250 M., jede weitere 20 g 1500 M.

Drucksachen für je 50 g 500 M.

Geschäftsbriefe für je 50 g 600 M., mindestens 3000 M. Warenproben für je 50 g 600 M., mindestens 1200 M.

*

Nur nicht über ausreichend frankierte Postarten und Briefe wird das Zusatzporto des Zehnmarken- oder Kärtchenpostes, nachher bestehen.

fachtechnisches.

Die Leipziger Entwurfs- und Modellmesse. Die Entwurfs- und Modellmesse, die auch in diesem Jahre während der Leipziger Mustermesse vom 26. August bis 1. September allen deutschen Kunstgewerblich schaffenden Künstlern Gelegenheit bietet, ihre Entwürfe und Modelle gebührenfrei während der Messe zu zeigen, veranstaltet diesmal im Rahmen der allgemeinen Ausstellung eine Sonderausstellung von Entwürfen und Photographien vorbildlicher Wechsstände, Kiosken und Verkaufsräume der Allgemeinen Mustermesse. Wie wir von der im Mecklenburg für die Mustermessen in Leipzig befindlichen Geschäftsstelle der Entwurfs- und Modellmesse erfahren, ist das Interesse für die Sondermesse in Künstlerkreisen recht lebhaft.

Vereinstell.

Bekanntmachung.

Die jetzt überaus schnell vorwärts schreitende Geldentwertung und die nunmehr wöchentlich stattfindenden Lohn erhöhungen machen auch schneller aufeinanderfolgende Beitragserhöhungen nötig. Ganz und gar unmöglich ist es aber geworden, immer erst etwaige Bestellungen der Filialen abzuwarten. Darum wird von nun an in der Hauptverwaltung unmittelbar nach jeder Lohn erhöhung der entsprechende neue Beitrag festgesetzt und möglichst schon in den nächsten Tagen versandt, so daß er in der darauffolgenden Woche bereits verwendet werden kann.

Zur Klärung der Filialklassen ist es erforderlich, daß möglichst nur die dritte (höchste) Staffel der Filialbeiträge erhoben wird.

Beitragsrundstände von mehr als 4 Wochen müssen mit Marken beglichen werden, deren Verwendung am Orte nicht länger als 4 Wochen zurückliegt. Wollte man ältere Marken anwenden, so würden säumige Zahler ihre Beiträge mit bereits völlig entwertetem Gelde entrichten können, womit eine Schädigung der übrigen Mitglieder und des Verbandes verbunden wäre.

Die Filialen mit angestellten Kollegen — auch wenn sie von der Filiale ganz oder zum Teil besoldet werden — verweisen wir nochmals auf das ihnen zugegangene Kundschreiben vom 19. Juli. Danach sind diese Kollegen dem Hauptvorstand zu melden und bei jeder Gehaltszahlung (auch Nachzahlung) 8 % von ihrem Gesamteinkommen zum Zwecke ihrer Versicherung gegen Invalidität und Todessfall in Abzug zu bringen. Diese Beiträge sind der Hauptklasse durch die nächste Vierteljahresabrechnung zuzuführen.

Der Verbandsvorstand.

Vom 5. Aug. bis 11. Aug. ist die 32. Beitragswoche
12. " 18. " 33.
19. " 25. " 34.
26. " 1. Sept. " 35. "

Bericht der Hauptklasse für Monat Juni bis Quartalsabschluß.

Eingesandt haben: Aachen 1 850 000 M., Alsen 140 000, Altona 240 000, Altenburg 830 000, Augsburg 569 000, Aschaffenburg 650 000, Bamberg 645 102, Bayreuth 310 000, Berlin 28 756 825, Bernburg 811 067, Bielefeld 2 350 000, Bochum 1 600 000, Brandenburg 1 000 000, Braunschweig 1 440 000, Bremen 7 150 000, Bremerhaven 2 650 000, Breslau 1 700 000, Bützow 50 000, Cassel 3 550 000, Celle 100 000, Chemnitz 7 600 000, Coblenz 1 300 000, Coburg 900 000, Gotha 450 000, Crefeld 3 650 000, Cuxhaven 350 000, Danzig 200 000, Darmstadt 1 800 000, Demmin 28 400, Dessau 2 150 000, Detmold 173 000, Dresden 9 250 000, Duisburg 2 896 710, Düren 621 000, Düsseldorf 2 900 000, Eisenach 280 000, Eisenberg 200 000, Elberfeld 2 000 000, Elbing 100 000, Emden 70 000, Erfurt 860 000, Eschwege 599 362, Esslingen 1 550 000, Fünfwalde 780 000, Flensburg 1 100 000, Forst 500 000, Frankfurt a. M. 19 250 000, Frankfurt a. d. O. 1 025 000, Freiburg 600 000, Freiberg i. S. 443 500, Friedberg 650 000, Fürstenwalde 170 000, Gießen 750 000, Glauchau 620 000, Gleiwitz 1 140 000, Görlitz 1 400 000, Gotha 1 500 000, Göttingen 650 000, Grünberg 441 860, Grünen 100 000, Gumbinnen 200 000, Güstrow 141 745, Hagen 1 250 000, Halle 1 550 000, Hameln 1 210 000, Hamburg 18 750 000, Hannover 7 800 000, Heilbronn 915 000, Heidelberg 350 000, Herford 1 750 000, Hildesheim 1 070 000, Hindenburg 600 000, Hirschberg 220 000, Hof 400 000, Hoyerswerda 100 000, Jauer 40 000, Jena 200 000, Ingolstadt 350 000, Jüterbog 25 000, Kaiserslautern 900 000, Karlsruhe 1 550 000, Kempten 127 615, Kiel 3 500 000, Kolberg 130 000, Kattowitz 940 000, Köln 9 020 000, Königslager 3 100 000, Königshütte 750 000, Konstanz 250 000, Köslin 400 000, Kronach 95 000, Laehr 257 790, Landsberg 400 000, Leipzig 5 250 000, Liegnitz 500 000, Lindau 75 000, Lintfort 150 000, Löbau 1 572 750, Lübeck 1 100 000, Lüdenscheid 320 000, Lünen 471 000, Lüneburg 756 600, Magdeburg 3 150 000, Mainz 2 450 000, Marburg 560 000, Meerane 540 951, Melle 390 570, München 7 650 000, Mühlberg 350 000, Neisse 175 000, Neuhausen 480 000, Neustadt 450 000, Neustrelitz 240 000, Neuwied 165 000, Riesa 982 933, Nordhausen 760 000, Norden 260 000, Nürnberg 8 300 000, Oberstein 200 000, Dernhausen 750 000, Oldenburg 810 000, Oppeln 150 000, Osnabrück 500 000, Pforzheim 300 000, Pforzheim 650 000, Blaubeuren 1 550 000, Potsdam 650 000, Rathenow 550 000, Rendsburg 522 472, Riegenburg 600 000, Rostock 500 000, Rosenheim 140 000, Saarbrücken 260 000, Sagan 136 208, Schleswig 120 000, Schneidemühl 200 500, Schwäbisch Gmünd 65 580, Schweinfurt 309 150, Schwerin 200 000, Gaußberg 350 000, Siegen 500 000, Singen 30 000, Solingen 350 000, Soltau 170 000, Spremberg 350 000, Stettin 2 550 000,

Stolp 290 000, Straubing 111 082, Stuttgart 8 550 000, Swinemünde 500 000, Tilsit 880 000, Trier 650 000, Ulm 500 000, Waldburg 460 000, Weida 70 840, Weimar 1 200 000, Weißwasser 115 000, Werbau 1 350 000, Westerholt 850 000, Wiesbaden 6 240 000, Wilhelmshaven 1 900 000, Wismar 2 850 000, Wittberge 100 000, Wolfsburg 488 621, Worms 900 000, Würzburg 1 850 000, Zeitz 2 018 189, Zwickau 270 000.

Z. Heinrich, Raffiner.

Abrechnung vom 1. Quartal 1923.

Einnahme

A. der Filialen:	207 870 859 M.
Beiträge	51 855 616
Beiträge der Filialen	141 940
Eintrittsgelder	8 980
Duplicate	218 149
Extrabeiträge	8 740 209
Beiträge zu den Verwaltungskosten	2 614
Sonstiges	104 466
B. der Hauptklasse:	
Büsen	34 698
Sonstiges	5 184 966
Summa	278 454 695 M.

Ausgabe

A. der Filialen:	9 416 985 M.
Streikunterstützung	5 590 572
Arbeitslosenunterstützung	18 889
Kleinerunterstützung</	